



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zum Erlass eines Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

1. Kantone [22]

- Kanton Zürich
- Kanton Bern
- Kanton Luzern
- Kanton Uri
- Kanton Schwyz
- Kanton Obwalden
- Kanton Nidwalden
- Kanton Glarus
- Canton de Fribourg
- Kanton Solothurn
- Kanton Basel-Landschaft
- Kanton Schaffhausen
- Kanton Appenzell Ausserrhoden
- Kanton Appenzell Innerrhoden
- Kanton Aargau
- Kanton Thurgau
- Cantone Ticino
- Canton de Vaud
- Canton de Neuchâtel
- Canton de Genève
- Canton du Jura
- Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren



Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

28. Januar 2015 (RRB Nr. 80/2015)

**Bundesgesetz über die einseitige Anwendung
des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI):
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2014, mit dem Sie uns den Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) samt erläuterndem Bericht zur Vernehmlassung unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Durch den Erlass des GASI soll die Schweiz einer Empfehlung des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke (Global Forum) nachkommen und den international anerkannten Standard der OECD zum Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss Art. 26 des OECD-Musterabkommens (OECD-Standard) im Verhältnis zu einer bedeutenden Anzahl von Staaten übernehmen. Dadurch erhöhen sich die Chancen der Schweiz für eine gute Bewertung im Rahmen des nächsten Peer Review durch das Global Forum.

Da das GASI die Grundsätze der Reziprozität und der Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen (Datenschutz, Spezialitätsprinzip) einhält und als subsidiäres Übergangsgesetz bis zur vollständigen Revision der Schweizer Doppelbesteuerungsabkommen nach dem OECD-Standard konzipiert ist, steht es im Einklang mit den Grundsätzen der schweizerischen Abkommenspolitik zur Amtshilfe auf Ersuchen.

Gestützt auf diese Ausführungen, stimmen wir dem Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) zu.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin:



Der Staatsschreiber:

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Per E-Mail (pdf und Word) an:
Catherine.chammartin@sif.admin.ch

28. Januar 2015

RRB-Nr.: 69/2015
Direktion Finanzdirektion
Unser Zeichen
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des
OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum titelerwähnten Geschäft.

Der Regierungsrat des Kantons Bern stimmt dem Entwurf des Bundesrates zu.

Das GASI stützt sich auf den Entscheid des Bundesrates vom 19. Februar 2014, den Informationsaustausch auf Ersuchen gemäss dem OECD-Standard einseitig auf alle Staaten und Territorien anzuwenden, bei denen das geltende Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) diesen Standard nicht enthält. Damit will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der Peer-Reviews des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern. Das Gesetz ist insofern temporär, als es nur zur Anwendung kommt, solange mit diesen Staaten noch kein DBA oder Steuerinformationsabkommen nach dem Standard des OECD-Musterabkommens abgeschlossen wurde.

Der Regierungsrat hat bereits im Rahmen der Vernehmlassung vom 30. März 2011 zum Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (RRB 577/2011) betont, dass im Rahmen der internationalen Steueramtshilfe auf eine Selbstbeschränkung der schweizerischen Steuerbehörden bezüglich Bankinformationen verzichtet werden soll.

Im Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz, StAhiG, [SR 672.5](#)) wurde die Selbstbeschränkung trotzdem vorgesehen (Art. 21 f. StAhiG): Die ins Ausland weitergeleiteten Bankinformationen dürfen nur verwendet werden, soweit sie nach schweizerischem Recht hätten beschafft werden können (Art. 21 Abs. 2 StAhiG). Eigene Amtshilfeersuchen zu Bankinformationen dürfen nur gestellt werden, soweit diese Informationen nach schweizerischem Recht beschafft werden könnten (Art. 22 Abs. 6 StAhiG).

Das GASI sieht diesbezüglich keine abweichende Regelung vor. Da es sich beim GASI nach dem Gesagten um ein temporär geltendes Gesetz handelt, kann dieser Mangel hingenommen werden. Eine bloss temporäre Aufhebung der Selbstbeschränkung macht keinen Sinn.

Wie die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) in ihrer Stellungnahme vom 26. November 2014 spricht sich allerdings auch der Regierungsrat dafür aus, dass im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches der Verzicht auf die Selbstbeschränkung bezüglich Bankinformationen realisiert wird.

Wir hoffen, mit unserer Vernehmlassung zu Ihrer Entscheidungsfindung beitragen zu können.

Freundliche Grüsse

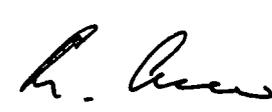
Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin

Der Staatsschreiber



Barbara Egger-Jenzer



Christoph Auer



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
Telefax 041 210 83 01
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf

per E-Mail an (PDF- und Word-Version):
catherine.chammartin@sif.admin.ch

Luzern, 23. Januar 2015

Protokoll-Nr.: 107

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zu eingangs erwähnter Vorlage eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats des Kantons Luzern danke ich Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teile Ihnen mit, dass wir die geplanten Änderungen begrüßen und nichts weiter zu bemerken haben.

Freundliche Grüsse

Marcel Schwerzmann
Regierungsrät



SIF

GS / EFD		
+	21. Jan. 2015	+
Registratur		

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 22. Oktober hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen.

Der Regierungsrat anerkennt und unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates, mit GASI das Schweizer Netz der DBA rasch dem internationalen Standard anzupassen. Er schliesst sich damit der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vollumfänglich an. Mit Besorgnis nimmt er jedoch den Entscheid des Bundesrats bezüglich des hierfür benötigten Personalbedarfs zur Kenntnis. In Ziffer 3 des erläuternden Berichts wird dazu lediglich ausgeführt, dass das GASI "den Verwaltungsaufwand erhöhen und im Dienst für Informationsaustausch in Steuersachen der ESTV zu einem zusätzlichen Personalbedarf führen" könnte. Die Anzahl der zusätzlich neu zu schaffenden Stellen (insgesamt 47 neue Stellen) erscheint in Anbetracht der sehr rudimentären Ausführungen als unergründlich hoch, auch wenn diese Stellen vorerst nur befristet sind.

Deshalb wird der Bundesrat ersucht, bei der Ausarbeitung der Botschaft zuhanden des Eidgenössischen Parlaments diesbezüglich für mehr Transparenz zu sorgen. Die neu zu schaffenden Stellen sind anhand der bisher eingegangenen und bearbeiteten Gesuche sowie gestützt auf die Hochrechnung künftiger Gesuche detailliert nachzuweisen und zu begründen.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

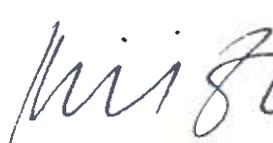
Altdorf, 20 Januar 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor


Dr. Heidi Z'graggen


Roman Balli

6431 Schwyz, Postfach 1260

elektronisch an:

catherine.chammartin@sif.admin.ch

Schwyz, 3. Februar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) Stellung zu nehmen, was wir hiermit gerne tun.

Der Regierungsrat anerkennt und unterstützt die Bestrebungen des Bundesrats, die Doppelbesteuerungsabkommen rasch dem internationalen Stand anzupassen. Er schliesst sich damit der Stellungnahme der Finanzdirektorenkonferenz vom 28. November 2014 an und stimmt dem Entwurf des GASI zu. Mit dieser Zustimmung verbindet er aber gleichzeitig die Forderung, dass bei der gesetzgeberischen Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches die Selbstbeschränkung im Bundesgesetz über die internationale Amts-

hilfe in Steuersachen betreffend Verwendung von ans Ausland übermittelten Bankinformationen (Art. 21 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die internationale Amtshilfe in Steuersachen vom 28. September 2013, SR 675.2, StAhiG) und schweizerischen Ersuchen an das Ausland (Art. 22 Abs. 6 StAhiG) gänzlich entfallen. Der Regierungsrat beantragt wie bereits in seiner Vernehmlassungsantwort vom 13. September 2013 zum StAhiG, die ersatzlose Streichung dieser Bestimmungen und somit einen klaren Verzicht auf die Selbstbeschränkungen im Zusammenhang mit Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr.

Die vom Bundesrat im erläuterenden Bericht dargestellten finanziellen Folgen in Form des zusätzlichen Personalbedarfs von insgesamt 47 (vorerst befristeten) Stellen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung erachtet der Regierungsrat in Anbetracht der sehr rudimentären Ausführungen als unergündlich hoch. Der Bundesrat wird ersucht, bei der Ausarbeitung der Botschaft zuhanden des eidgenössischen Parlaments die neu zu schaffenden Stellen detailliert nachzuweisen und zu begründen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Andreas Barraud, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z.K.:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

catherine.chammartin@sif.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.2029
Unser Zeichen: so

Sarnen, 29. Januar 2015

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung sowie die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI).

Antrag

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden stimmt dem Entwurf des GASI zu. Er erwartet jedoch, dass im Rahmen der Gesetzgebungen für die Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustauschs die Selbstbeschränkungen im Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) bezüglich Verwendung von Bankinformationen aus dem Ausland (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und schweizerischer Ersuchen an das Ausland (Art. 22 Abs. 6 StAhiG) entfallen.

Begründung

Ein Teil der von der Schweiz mit anderen Staaten abgeschlossenen Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen entspricht nicht dem Standard von Art. 26 des OECD-Musterabkommens. Mit dem GASI soll nun diese Lücke geschlossen werden, indem Regeln aufgestellt werden, nach welchen Amtshilfeersuchen von Staaten, mit denen derartig mit dem OECD-Standard nicht kompatible Abkommen bestehen, behandelt werden können. Das Gesetz ist subsidiärer Natur und gilt nur, wenn der betreffende Staat oder das betreffende Territorium sein Amtshilfeersuchen nicht gestützt auf ein anderes Instrument stellen kann. Das Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) kommt dann zur Anwendung, wenn das GASI nichts anderes bestimmt.

Mit diesem einseitigen Schritt will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern.

Daraus ergibt sich, dass das GASI ein Bundesgesetz ist, das nur temporär in Kraft sein wird, nämlich so lange, als die Schweiz nicht mit allen anderen Staaten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) oder Steuerinformationsabkommen (SIA) nach dem Standard des OECD-Musterabkommens abgeschlossen hat. Es ist denn auch vorgesehen, dass der Bundesrat zu diesem Zeitpunkt das Gesetz ausser Kraft setzen wird.

Nach dem heutigen Stand würde das GASI für 69 Staaten oder Territorien zur Anwendung gelangen. Dies sind Staaten, mit denen wie erwähnt die Schweiz zwar ein DBA abgeschlossen hat, dessen Bestimmungen aber nicht oder nicht vollumgänglich dem international anerkannten Standard entsprechen. Im Weiteren gibt es Staaten, mit denen zwar ein standardkonformes DBA ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Das GASI betrifft in der Anwendung nur den Informationsaustausch auf Ersuchen, nicht aber den spontanen oder automatischen Informationsaustausch. Das GASI ist ein subsidiäres Gesetz.

Für den Austausch ist Voraussetzung, dass der Austausch von Informationen von der schriftlichen Bestätigung des betroffenen Staates oder Territoriums abhängt, dass gewisse Bedingungen gewährleistet werden: So die Reziprozität, der Datenschutz und das Spezialitätsprinzip. Diese Grundsätze gelten im Übrigen heute prinzipiell bei allen internationalen Abkommen zur Amtshilfe in Steuer-sachen.

Die Schweiz muss bezüglich der Informationen, die sie erhält, den gleichen Datenschutz gewährleisten wie die betroffenen Staaten, von denen die Auskünfte stammen, was in aller Regel der Fall ist. Ebenfalls gelten das Spezialitätsprinzip sowie die Reziprozität auch für die Schweiz. Vollzugsbehörde ist die ESTV.

Das GASI ist erklärermassen als Übergangsgesetz konzipiert, mit welchem offenbar nicht in die bekämpften Selbstbeschränkungen im StAhiG eingegriffen wird. Das ist zwar unerfreulich, aber für eine Übergangsphase nachvollziehbar: Die Aufhebung der Selbstbeschränkungen im Rahmen des GASI führte dazu, dass nach Inkrafttreten des GASI die Selbstbeschränkungen im Verhältnis zu den betroffenen Staaten vorübergehend entfielen, nach Abschluss eines DBA nach OECD-Standard jedoch wieder auflebten. Umso mehr unterstreichen wir, dass im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustauschs der geforderte Verzicht auf die Selbstbeschränkungen bezüglich Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr realisiert wird.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Hans Wallimann
Landammann



Dr. Stefan Hossli
Landschreiber



KANTON
NIDWALDEN

REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach STK

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernernhof
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 27. Januar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) – Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2014 an die Kantonsregierungen, worin Sie um eine Stellungnahme zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) ersuchen. Wir bedanken uns für die Gelegenheit dazu und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Nach dem Bundesgesetz soll der Informationsaustausch in Steuersachen gemäss OECD-Standard (Art. 26 OECD-Musterabkommen) von der Schweiz neu auf alle Staaten angewendet werden, und zwar *einseitig* und auch ohne entsprechend angepasstes Doppelbesteuerungsabkommen (DBA).

Mit Datum vom 26. November 2014 hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) dazu eine eigene Stellungnahme verfasst, welcher wir uns vollumfänglich anschliessen. Die FDK stimmt der einseitigen Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch zu.

Das Bundesgesetz soll nur solange gelten, bis die Schweiz mit allen Staaten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. sog. Steuerinformationsabkommen (SIA) nach OECD-Standard abgeschlossen hat. Dies hat sie bereits mit sehr vielen Staaten getan, und es kommen laufend neue dazu. Die einseitige Vorwegnahme des OECD-Standards zum Informationsaustausch in Steuersachen bewahrt die Schweiz vor (schädlichen) Gegenmassnahmen durch das Ausland und betrifft erklärermassen nur den Informationsaustausch *auf Ersuchen hin* und nicht etwa den automatischen oder gar spontanen Austausch.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

An das
Eidgenössische Finanzdepartement
3003 Bern

Glarus, 25. November 2014
Unsere Ref: 2014-215

**Vernehmlassung i. S. Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-
Standards zum Informationsaustausch (GASI)**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir schliessen uns der Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren vom 26. November 2014 an.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Röbi Marti
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: catherine.chammartin@sif.admin.ch (PFD- und Word-Version)

versandt am: **10. Dez. 2014**



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des finances
Bernhof
3003 Berne

Fribourg, le 20 janvier 2015

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN) : prise de position

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée sous rubrique et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Par la présente, nous vous informons que nous pouvons entièrement nous rallier à la prise de position de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances du 26 novembre 2014.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat :


Erwin Jutzet
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Eidgenössisches Finanzdepartement
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

20. Januar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 hat uns die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements zur Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) eingeladen. Wir danken Ihnen dafür und nehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

Das Gesetz bezweckt, Amtshilfe in Steuersachen allen Staaten und Territorien zu gewähren, mit denen die Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) abgeschlossen hat, das aber die gegenseitige Amtshilfe nach dem aktuellen OECD-Standard (noch) nicht vorsieht. Mit diesem einseitigen Schritt will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der Peer-Review des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern.

Zu diesem Zweck regelt das GASI in Anlehnung an das OECD-Musterabkommen einseitig die Voraussetzungen, unter denen die Schweiz den andern Vertragsstaaten Amtshilfe in Steuersachen leistet. Allerdings behält es den Grundsatz der Reziprozität und die Wahrung der Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen ausdrücklich vor. Konkret sollen keine Informationen geliefert werden, wenn der ersuchende Staat in seinem Amtshilfeersuchen nicht bestätigt, dass er Ersuchen aus der Schweiz ebenfalls gemäss dem internationalen Standard beantworten kann und dass er die Vertraulichkeit der erhaltenen Informationen gewährleistet (Datenschutz und Spezialitätsprinzip). Für das Verfahren soll auch für Amtshilfe nach GASI das Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG; SR 672.5) zur Anwendung gelangen. Anwendbar bleibt damit auch die dortige Selbstbeschränkung, wonach die Schweizer Steuerbehörden Bankinformationen, die sie für den ersuchenden andern Staat erheben, nicht für eigene Zwecke verwenden dürfen.

Wir stimmen dem uns unterbreiteten Gesetzesentwurf zu im Interesse eines anerkannten, wettbewerbsfähigen Finanzplatzes, der internationale Standards betreffend Transparenz und Informationsaustausch einhält. Die Zustimmung fällt umso leichter, als es sich um ein Gesetz handelt, das nur Übergangscharakter hat und ausser Kraft gesetzt werden soll, sobald die bestehenden DBA revidiert sind und der Informationsaustausch bilateral (oder auch multilateral) geregelt ist. Aufgrund dieser besonderen Konstellation haben wir Verständnis dafür, dass im vorliegenden Gesetzgebungsverfahren an der unverständlichen Selbstbeschränkung betreffend Verwendung

von Bankinformationen nichts geändert werden soll. Wir erwarten jedoch, dass der Bundesgesetzgeber dieses leidige Problem spätestens im Rahmen der angekündigten Umsetzung des automatischen Informationsaustausches angeht und einer sachgerechten Lösung zuführt.

Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir nur zu Art. 4 Abs. 4 eine Bemerkung. Aufgrund der vorgeschlagenen Formulierung kann die ESTV die ersuchten Informationen auch dann erteilen, wenn der ersuchende Staat seine frühere Zusicherung nach Absatz 2 nicht eingehalten hat. Das ist für uns unverständlich und kommt einer Einladung gleich, Zusicherungen nicht einzuhalten.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und ersuchen Sie, unsere Stellungnahme bei der definitiven Erarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Heim
Landammann



Andreas Eng
Staatschreiber

Kopie an: catherine.chammartin@sif.admin.ch (Word- und PDF-Format)



DER REGIERUNGSRAT
DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

SIF

GS / EFD		
+	22. Jan. 2015	+
Reg.-Nr.		

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI); Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 ersuchen Sie uns, im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zum vorgeschlagenen Bundesgesetz (GASI) unsere Stellungnahme abzugeben, was wir hiermit gerne tun.

1. Zur Ausgangslage

Die von der Schweiz mit anderen Staaten abgeschlossenen Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen entsprechen nicht lückenlos dem Standard von Art. 26 des OECD-Musterabkommens. Mit dem vorgeschlagenen Bundesgesetz (GASI) soll nun diese Lücke geschlossen werden, indem Regeln aufgestellt werden, nach welchen Amtshilfeersuchen von Staaten, mit denen nicht dem OECD-Standard entsprechende Abkommen bestehen, behandelt werden können. Das GASI soll subsidiärer Natur sein und nur gelten, wenn der betreffende Staat sein Amtshilfeersuchen nicht gestützt auf ein anderes Instrument stellen kann. Das Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) soll dann zur Anwendung kommen, wenn das GASI nichts anderes bestimmt.

Mit diesem sog. unilateralen, also einseitigen Schritt will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der «Peer-Review» des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke erhöhen.

2. Zum vorgeschlagenen Bundesgesetz

Aus der beschriebenen Ausgangslage ergibt sich, dass das GASI ein Bundesgesetz sein soll, das nur temporär in Kraft sein wird. Es soll nur so lange gelten, als die Schweiz nicht mit allen andern Staaten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) oder Steuerinformationsabkommen (SIA) nach dem Standard des OECD-Musterabkommens abgeschlossen hat. Das GASI ist erklärermassen als Übergangsgesetz konzipiert. Es ist deshalb auch vorgesehen, dass der Bundesrat auf diesen Zeitpunkt hin das Gesetz ausser Kraft setzen kann.

Nach derzeitigem Stand würde das GASI für 69 Staaten zur Anwendung gelangen. Dies sind Staaten, mit denen die Schweiz zwar ein DBA abgeschlossen hat, dessen Regelungen aber nicht oder nicht vollumfänglich dem international anerkannten Standard entsprechen. Auch gibt es Staaten, mit denen zwar ein standardkonformes DBA ausgehandelt wurde, dieses aber noch nicht in Kraft getreten ist. Das GASI betrifft in der Sache nur den Informationsaustausch auf Ersuchen hin, nicht jedoch den spontanen oder gar automatischen Informationsaustausch.

Die Schweiz muss bezüglich der Informationen, die sie erhält, den gleichen Datenschutz gewährleisten wie die betroffenen Staaten, von denen die Auskünfte stammen, was in aller Regel der Fall ist. Ebenfalls gelten das Spezialitätsprinzip sowie die Reziprozität auch für die Schweiz. Vollzugsbehörde ist immer die eidg. Steuerverwaltung (ESTV).

3. Antrag der Regierung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft stimmt dem vorgeschlagenen Bundesgesetz zwar zu. Er verlangt aber auch, dass bei der gesetzgeberischen Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches die Selbstbeschränkungen im Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) betreffend Verwendung von Bankinformationen aus dem Ausland (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und schweizerischer Ersuchen an das Ausland (Art. 22 Abs. 6 StAhiG) gänzlich entfallen. Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 5. April 2011 zum StAhiG beantragt der Regierungsrat erneut einen generel-

len Verzicht auf die Selbstbeschränkungen bezüglich Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Liestal, 20. Januar 2015

Mit vorzüglicher Hochachtung
IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES
der Präsident

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'P' followed by a long horizontal stroke that curves upwards at the end.

der Landschreiber

A handwritten signature in blue ink, reading 'Peter Vetter' in a cursive script.

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
regierungsrat@ktsh.ch

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernerhof
3003 Bern

Schaffhausen, 13. Januar 2015

Entwurf zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit der Stellungnahme zur oben genannten Vernehmlassungsvorlage. In Übereinstimmung mit der Vernehmlassung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom 26. November 2014 stimmen wir dem Entwurf zu. Zudem erwarten wir mit der FDK, dass die Selbstbeschränkungen im Steueramtshilfegesetz bezüglich Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr (Art. 21 Abs. 2 und Art. 22 Abs. 6 StAhiG) für die Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches aufgehoben werden.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

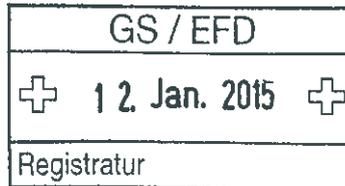
Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Thomas Frey
Ratschreiber-Stv.
Tel. 071 353 62 57
thomas.frey@ar.ch



SIF

Herisau, 9. Januar 2015 / RS

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch; Verzicht auf Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Finanzdepartement eingeladen, zum eingangs erwähnten Vernehmlassungsentwurf bis zum 5. Februar 2014 Stellung zu nehmen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Thomas Frey, Ratschreiber-Stv.



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 25
Telefax +41 71 788 93 39
karin.rusch@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an:
catherine.chammartin@sif.admin.ch

Appenzell, 29. Januar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) Stellung zu nehmen.

Mit der Vorlage soll die Grundlage geschaffen werden, den Informationsaustausch auf Ersuchen auch dann nach dem Standard von Art. 26 des OECD-Musterabkommens abwickeln zu können, wenn das mit dem betreffenden Staat oder Territorium bestehende Doppelbesteuerungsabkommen diesem Standard nicht entspricht. Das Gesetz erweist sich - in Ergänzung zur bereits ergriffenen Massnahme der Erweiterung des DBA-Netzes mit standardkonformen Amtshilfebestimmungen - als notwendig, um möglichst rasch einen standardkonformen Informationsaustausch mit möglichst vielen Staaten und Territorien zu gewährleisten. Damit kann eine Empfehlung des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke umgesetzt werden, wodurch sich wiederum die Chancen der Schweiz auf eine gute Bewertung im Rahmen der Peer Reviews erhöhen. Dies ist anzustreben, weshalb wir dem Gesetzesentwurf zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Einschreiben

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen
Abteilung Steuern
Bundesgasse 3
3003 Bern

21. Januar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden mit Schreiben vom 22. Oktober 2014 zur Vernehmlassung über das oben erwähnte Bundesgesetz eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme. Er stimmt dem Gesetzesentwurf zu.

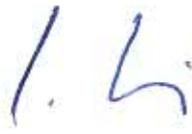
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Urs Hofmann
Landammann



Dr. Peter Grünenfelder
Staatschreiber

Kopie

- catherine.chammartin@sif.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesrätin
Bundesgasse 3
3003 Bern

Frauenfeld, 13. Januar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur eingangs erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können, und äussern dazu in Übereinstimmung mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) wie folgt:

I. Allgemeine Bemerkungen

Wir stimmen dem Entwurf des GASI zu. Wir erwarten jedoch, dass im Rahmen der Gesetzgebungen zur Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches die Selbstbeschränkungen im Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) bezüglich der Verwendung von Bankinformationen aus dem Ausland (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und schweizerischer Ersuchen an das Ausland (Art. 22 Abs. 6 StAhiG) entfallen.

II. Begründung

Ein Teil der von der Schweiz mit andern Staaten abgeschlossenen Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen entspricht nicht dem Standard von Art. 26 des OECD-Musterabkommens. Mit dem GASI soll nun diese Lücke geschlossen werden, indem Regeln aufgestellt werden, nach welchen Amtshilfeersuchen von Staaten, mit denen derartig mit dem OECD-Standard nicht kompatible Abkommen bestehen, behandelt werden können. Das Gesetz ist subsidiärer Natur und gilt nur, wenn der betreffende Staat oder das betreffende Territorium sein Amtshilfeersuchen nicht gestützt auf ein anderes Instrument stellen kann. Das Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) kommt dann zur Anwendung, wenn das GASI nichts anderes bestimmt.

2/3

Mit diesem einseitigen Schritt will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der Peer-Review des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern.

Daraus ergibt sich, dass das GASI ein Bundesgesetz ist, das nur temporär in Kraft sein wird, nämlich so lange, als die Schweiz nicht alle Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) oder Steuerinformationsabkommen (SIA) nach dem Standard des OECD-Musterabkommens abgeschlossen hat. Es ist denn auch vorgesehen, dass der Bundesrat in diesem Zeitpunkt das Gesetz ausser Kraft setzen wird.

Nach dem heutigen Stand würde das GASI für 69 Staaten oder Territorien zur Anwendung gelangen. Dies sind Staaten, mit denen wie erwähnt die Schweiz zwar ein DBA abgeschlossen hat, dessen Bestimmungen aber nicht oder nicht vollumfänglich dem international anerkannten Standard entsprechen. Im Weiteren gibt es Staaten, mit denen zwar ein standardkonformes DBA ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Das GASI betrifft in der Anwendung nur den Informationsaustausch auf Ersuchen, nicht aber den spontanen oder automatischen Informationsaustausch.

Für den Austausch ist Voraussetzung, dass der Austausch von Informationen von der schriftlichen Bestätigung des betroffenen Staates oder Territoriums abhängt, dass gewisse Bedingungen gewährleistet werden: So die Reziprozität, der Datenschutz und das Spezialitätsprinzip. Diese Grundsätze gelten im Übrigen heute prinzipiell bei allen internationalen Abkommen zur Amtshilfe in Steuersachen.

Die Schweiz muss bezüglich der Informationen, die sie erhält, den gleichen Datenschutz gewährleisten wie die betroffenen Staaten, von denen die Auskünfte stammen, was in aller Regel der Fall ist. Ebenfalls gelten das Spezialitätsprinzip sowie die Reziprozität auch für die Schweiz. Vollzugsbehörde ist die ESTV.

Das GASI ist erklärermassen als Übergangsgesetz konzipiert, mit welchem offenbar nicht in die bekämpften Selbstbeschränkungen im StAhiG eingegriffen wird. Das ist zwar unerfreulich, aber für eine Übergangsphase nachvollziehbar: Die Aufhebung der Selbstbeschränkungen im Rahmen des GASI führte dazu, dass nach Inkrafttreten des GASI die Selbstbeschränkungen im Verhältnis zu den betroffenen Staaten vorübergehend entfielen, nach Abschluss eines DBA nach OECD-Standard jedoch wieder aufleben. Umso mehr unterstreichen wir, dass **im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches der von uns geforderte Verzicht auf die Selbstbeschränkungen bezüglich Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr realisiert wird.**

3/3

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

numero			Bellinzona
118	cl	1	21 gennaio 2015

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Gentile Signora Consigliera federale
Eveline Widmer-Schlumpf
Direttrice del Dipartimento federale
delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

*Invio per posta elettronica:
catherine.chammartin@sif.admin.ch*

Legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI); procedura di consultazione

Gentile Signora Consigliere federale,

con riferimento all'oggetto succitato, richiamata la vostra gentile richiesta del 23 ottobre 2014, prendiamo con piacere posizione in merito al progetto di nuova legge federale concernente l'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni (LASSI).

Preliminarmente si osserva che nel rapporto esplicativo si evidenzia che lo scopo della LASSI sarebbe quello di completare le misure già prese dal Consiglio federale volta ad ampliare la rete svizzera delle convenzioni che includono uno scambio di informazioni conforme allo standard OCSE. Detta nuova legge costituirebbe un passo avanti per le verifiche che il Global forum farà nel febbraio di quest'anno e nel quadro del passaggio della Svizzera alla seconda fase della peer review. A tal proposito è d'uopo rilevare che il Global Forum sulla trasparenza e sullo scambio di informazioni a fini fiscali (Global forum) verifica mediante peer review (*i.e.* esame tra pari) l'osservanza dello standard in ambito di assistenza amministrativa in materia fiscale. Nel quadro della prima fase si verifica l'esistenza delle basi legali per lo scambio di informazioni secondo lo standard internazionale. L'oggetto della seconda fase è la verifica dell'effettività e dell'efficienza dello scambio d'informazioni.

Per quanto attiene alla Svizzera, il Global forum ha richiesto che vengano soddisfatti almeno uno dei tre seguenti criteri per accedere alla seconda fase, segnatamente¹:

- in ambito di convenzioni per evitare le doppie imposizioni (CDI) e accordi sullo scambio di informazioni fiscali (TIEA): la Svizzera deve rivedere gran parte della sua rete di convezioni, che conta più di 90 accordi, e questa revisione deve estendersi a tutti i suoi principali partner. Attualmente la Svizzera ha firmato 49 CDI conformi al vigente standard internazionale in materia di scambio di informazioni, di cui 41 sono in vigore. La Svizzera ha anche firmato 7 accordi TIEA, di cui 3 sono in vigore².
Il 15 ottobre 2013, la Svizzera ha inoltre firmato la Convenzione multilaterale dell'OCSE e del Consiglio d'Europa sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale³. Ma cosa più importante, in data 19 novembre 2014, il Consiglio federale ha approvato una dichiarazione relativa alla partecipazione della Svizzera all'accordo multilaterale concernente lo scambio automatico di informazioni in ambito fiscale⁴. Questo impegno è già stato recepito dal Global forum⁵.
- Per quanto attiene le informazioni preliminari: la Svizzera doveva introdurre un'eccezione all'informazione preliminare per le persone interessate da una domanda d'informazione. Con la modifica della Legge sull'assistenza amministrativa fiscale (LAAF), entrata in vigore il 1° agosto 2014, viene soddisfatta questa richiesta⁶.
- Per quanto concerne l'identificazione delle azioni al portatore, la legge concernente l'attuazione delle Raccomandazioni del Gruppo d'azione finanziaria (GAFI) approvata il 12 dicembre 2014 dal Parlamento federale⁷ permette di adempiere le esigenze posta dal Global forum.

In considerazione del fatto che almeno due dei criteri posti (informazioni preliminari e identificazione delle azioni al portatore) dal Global forum sono stati attuati, non si reputa necessario procedere con l'introduzione della LASSI, al fine di accedere alla seconda peer review. Tanto più che il Global forum ha posto quale condizione, nel

¹ SIF, Comunicazione del 16 ottobre 2014, Documentazione Forum globale di Berlino, 28-29 ottobre 2014.

² SIF, Doppia imposizione e assistenza amministrativa, disponibile su <https://www.sif.admin.ch/sif/it/home/themen/internationale-steuerpolitik/doppelbesteuerung-und-amtshilfe.html>.

³ OCSE, Comunicato stampa, Switzerland signs Multilateral Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters, disponibile su <http://www.oecd.org/newsroom/switzerland-signs-multilateral-convention-on-mutual-administrative-assistance-in-tax-matters.htm>

⁴ SIF, Comunicato stampa, La Svizzera intraprende un ulteriore passo verso l'introduzione dello scambio automatico d'informazioni, disponibile su <https://www.sif.admin.ch/sif/it/home/dokumentation/medienmitteilungen/medienmitteilungen.msg-id-55327.html>.

⁵ OECD, Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes, Tax Transparency 2014, Report on Progress, pag. 35, disponibile su <http://www.oecd.org/tax/transparency/GFannualreport2014.pdf>.

⁶ Legge sull'assistenza amministrativa fiscale (LAAF), RU 2014 2309.

⁷ Legge federale concernente l'attuazione delle Raccomandazioni del Gruppo d'azione finanziaria rivedute nel 2012

del 12 dicembre 2014, FF 2014 8377.

settore dello scambio di informazioni su richiesta, che la Svizzera riveda le CDI conformemente allo standard OCSE con i suoi principali partner, senza tuttavia fissare un numero minimo di convenzioni⁸.

Negoziare le convenzioni di doppia imposizione è sempre stata una prerogativa della Svizzera, non è pertanto auspicabile procedere in via unilaterale, come proposto, in quanto si priverebbe la Svizzera di potere negoziale, perdendo di vista la globalità dei dossier con i singoli Stati. Tanto più che il rapporto stesso esplica che la LASSI verrà abrogata non appena per tutti gli Stati esisterà una convenzione (CDI o altro accordo internazionale) che preveda uno scambio di informazioni su domanda conforme allo standard. Si ribadisce una misura transitoria, su base unilaterale che non offre la stessa certezza del diritto di un accordo internazionale, non è necessaria al fine di passare alla seconda fase della peer review. La LASSI creerebbe altresì confusione in quanto qualora la Svizzera rinegoziasse con uno Stato la CDI (contemplando lo standard OCSE in materia di scambio di informazioni), si dovrebbe applicare la LAAF al fine di concedere l'assistenza amministrativa, ma se ci fossero ancora domande pendenti presso l'Amministrazione federale delle contribuzioni, sulla base della LASSI, questa dovrebbe applicarsi, anche se la nuova CDI è già entrata in vigore.

Vi sono inoltre delle incongruenze sull'applicazione della LASSI, rispettivamente della LAAF, legge quest'ultima che trova applicazione nelle richieste di assistenza amministrativa in virtù di quanto prescritto dall'art. 2 LASSI. Nel rapporto si esplicita che la procedura per il trattamento di domande svizzere di informazioni, disciplinate all'articolo 22 LAAF, è applicabile anche per le domande che l'AFC presenta in virtù della LASSI⁹. Sennonché l'art. 7 cpv. 2 della LASSI stessa autorizza l'AFC a comunicare le informazioni anche alle autorità preposte all'accertamento ed alla riscossione delle imposte. I disposti della LASSI e le spiegazioni del rapporto non sono sufficientemente chiari al fine di stabilire se le informazioni bancarie ottenute dall'AFC possano essere trasmesse alle autorità fiscali cantonali o meno (art. 22 cpv. 6 LAAF). Nell'ipotesi che il Consiglio federale dovesse sottoporre all'Assemblea federale il progetto di legge chiediamo che questa problematica sia resa comprensibile e che i disposti legali che la regolano siano più chiari, nello scenario che non venga modificata la LAAF.

Infatti in considerazione del fatto che sia nel progetto della LASSI, sia nell'adesione allo standard OCSE sullo scambio automatico di informazioni, il Consiglio federale pretende che vi sia reciprocità da parte degli Stati ai quali verrà data assistenza amministrativa, le autolimitazioni oggi presenti nel diritto svizzero non sono più giustificate, di conseguenza su questo tema ci allineiamo alla presa di posizione

⁸ OCSE, Peer Review Report of Switzerland - Phase 1: Legal and Regulatory Framework, pag. 84-86 disponibile su <http://www.oecd.org/tax/transparency/peerreviewreportofswitzerland-phase1legalandregulatoryframework.htm>; OECD, Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes, Tax Transparency 2014, Report on Progress, annesso 1, pag. 51.

⁹ Consiglio federale, Rapporto esplicativo relativo alla LASSI, 22 ottobre 2014, commento ad art. 6, pag. 10.

della Conferenza delle Direttrici e dei Direttori cantonali delle finanze¹⁰, che chiede di permettere alle autorità fiscali svizzere l'utilizzo di dati bancari forniti da Stati esteri, modificando gli art. 21 cpv. 2 e 22 cpv. 6 della LAAF.

Lei stessa, come responsabile del dossier, durante la conferenza stampa del 14 gennaio 2015 dove ha promosso l'adozione nel diritto interno dello scambio automatico di informazioni ha segnalato la volontà, che scaturisce dalla reciprocità, di utilizzare nel processo di accertamento all'interno della Svizzera i dati ricevuti da autorità fiscali estere.

In conclusione non riteniamo necessaria l'adozione della LASSI, qualora quest'ultima fosse sottoposta al voto parlamentare chiediamo che siano tenute in debita considerazione le osservazioni di cui sopra.

Per quanto attiene il nostro Cantone auspichiamo che la LASSI non entri in vigore fintanto che la Svizzera e l'Italia non abbiano ratificato, con entrambi i Parlamenti, la nuova CDI. Analogo discorso deve valere anche per Convenzione multilaterale dell'OCSE e del Consiglio d'Europa sulla reciproca assistenza amministrativa in materia fiscale, ritenuto che per l'Italia detta Convenzione è già in vigore¹¹.

Voglia accogliere, gentile Signora Consigliere federale, l'espressione della nostra massima stima.

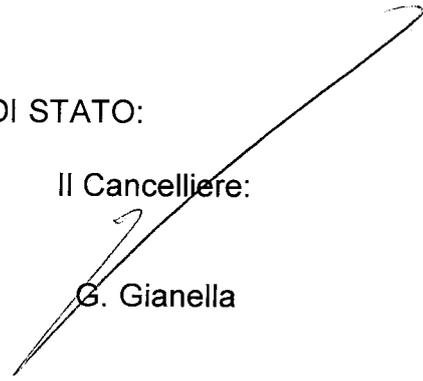
PER IL CONSIGLIO DI STATO:

Il Presidente:



M. Bertoli

Il Cancelliere:



G. Gianella

Copia per conoscenza a:

Deputazione ticinese alle Camere federali (joerg.debernardi@ti.ch;
nicolo.parente@ti.ch; renata.gottardi@ti.ch; sara.guerra@ti.ch)

pubblicazione in internet.

¹⁰ FDK/CDF, Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

(Stellungnahme des Vorstand zur Vernehmlassungsvorlage) del 26 novembre 2014, pag. 2, disponibile su http://www.fdk-cdf.ch/141126_gasi_vl-stn_fdkv_def_d_uz.pdf.

¹¹ L'allegato al rapporto esplicativo contiene, a nostro modo di vedere, un'imprecisione nel senso che la prima finca dovrebbe contemplare questo titolo "nessuna CDI riveduta o Convenzione multilaterale ratificata", occorre togliere Convenzione multilaterale firmata visto che la Svizzera ha già firmato la Convenzione multilaterale di Strasburgo e che questa è in vigore, ad esempio, con l'Italia.

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

GS / EFD	
+	- 9. Feb. 2015 +
Reg.-Nr.	

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

SIF

Réf. : MFP/15017545

Lausanne, le 4 février 2015

Procédure de consultation sur le projet de loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat a pris connaissance du projet sous rubrique. Il vise à établir de manière unilatérale des règles sur la manière de traiter les demandes d'assistance administrative provenant de pays avec lesquels la Suisse a conclu une convention de double imposition (CDI), lorsque la norme d'assistance administrative contenue dans la convention n'est pas conforme à celle de l'art. 26 du Modèle de convention fiscale de l'OCDE.

Le Conseil d'Etat souscrit à ce projet, qui contribuera à améliorer la note de la Suisse dans le cadre de l'examen par les pairs du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales. Il a pris bonne note du fait qu'il s'agissait d'une loi temporaire, qui s'appliquerait dans l'état actuel des CDI à 69 pays, mais dont la portée va se réduire au fur et à mesure de l'adaptation de ces conventions à l'art. 26 du Modèle de convention fiscale de l'OCDE et qui disparaîtra à la fin de ce processus.

Même si cela ne relève pas directement de la LERN mais plutôt de la loi fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF), qui est une loi pérenne, le Conseil d'Etat souhaite, à l'instar de la Conférence des directeurs cantonaux des finances, que les travaux législatifs à venir supprimeront les autolimitations prévues quant à l'utilisation des renseignements bancaires provenant d'un autre pays (art. 21, al. 2, LAAF) et celles relatives aux demandes adressées par la Suisse à un autre pays (art. 22, al. 6 LAAF).

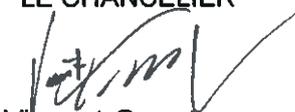
Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT


Pierre-Yves Maillard

LE CHANCELIER


Vincent Grandjean

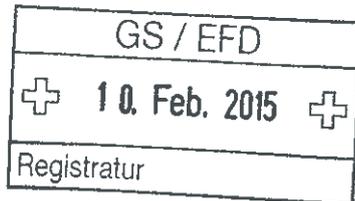
Copies

- Par e-mail : catherine.chammartin@sif.admin.ch
- ACI
- OAE



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL



Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame la conseillère fédérale,

Votre correspondance du 23 octobre 2014 relative à la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Conformément à votre demande, nous vous adressons ci-dessous la prise de position du canton de Neuchâtel sur ce sujet.

Le canton de Neuchâtel est favorable à cette mesure unilatérale d'échange de renseignements. En effet, nous constatons que cette loi vise les Etats et territoires couverts par une convention contre les doubles impositions mais qui ne contient pas encore une norme conforme à l'article 26 du Modèle de Convention fiscale de l'OCDE (soit 69 pays). Par ailleurs, la LERN reprend les dispositions de cet article en les adaptant au caractère unilatéral de la mesure. La loi prévoit donc que l'application unilatérale se fait sous réserve de réciprocité et du respect de la confidentialité des données échangées (protection des données et principe de spécialité).

Par ailleurs, la LERN est une loi fédérale transitoire dans la mesure où elle sera abrogée par le Conseil fédéral une fois que tous les Etats et territoires concernés seront au bénéfice d'un instrument légal contenant la norme de l'article 26 du Modèle de Convention fiscale de l'OCDE.

Nous relevons que la LERN constitue une étape supplémentaire dans la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière compétitive qui respecte les normes internationales en matière de fiscalité notamment celles concernant l'échange de renseignement et la transparence.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions d'agréer, Madame la conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 4 février 2015



Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND

A handwritten signature in blue ink, appearing to be "A. Ribaux".

A handwritten signature in blue ink, appearing to be "S. Despland".

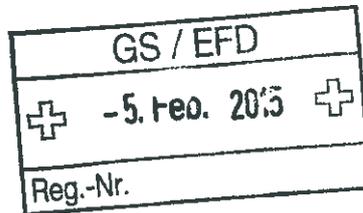


Genève, le 4 février 2015

SIF

Le Conseil d'Etat

413-2015



Département fédéral des finances
Madame
Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
3003 Berne

Concerne : loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN) – procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par lettre du 23 octobre 2014 adressée aux gouvernements cantonaux, vous invitez ceux-ci à prendre position sur le projet de loi mentionné en titre.

Notre Conseil a déjà eu l'occasion d'exprimer son soutien à la stratégie du Conseil fédéral pour une place compétitive qui respecte les normes internationales en matière de transparence et d'échange d'information. Le projet soumis à consultation s'inscrit dans ce cadre.

A ce sujet, nous soulignons l'importance pour la Suisse de réussir la phase 1 de l'examen du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignement à des fins fiscales (Forum mondial) qui consiste à vérifier l'existence du cadre légal requis pour assurer l'échange efficace d'information sur demande entre autorités compétentes. Nous sommes conscients également de la nécessité de préparer le passage à la phase 2, en vue de l'examen de l'application concrète de ces normes. L'adoption de la LERN permettra de démontrer les progrès dans le développement du réseau de conventions de double imposition (CDI) conformes à la norme de l'article 26 du modèle de convention de l'OCDE en matière fiscale.

Sur le projet lui-même, notre Conseil approuve le fait que l'application unilatérale des dispositions de l'article 26 du modèle de convention concerne uniquement les Etats et territoires avec lesquels la Suisse a déjà conclu une CDI mais dont les dispositions ne sont pas conformes au modèle de l'OCDE. Nous soutenons également la disposition qui exige un engagement écrit à l'Etat ou au territoire requérant sur le respect des principes de réciprocité, de protection des données et de spécialité. Finalement, nous relevons avec satisfaction que la Suisse continuera de renégocier son réseau de CDI, ce qui conduira à terme à l'abrogation de la LERN, une fois que tous les Etats concernés seront au bénéfice d'un accord international permettant l'échange d'information conforme à la norme internationale.

Considérant ce qui précède, notre Conseil est favorable sur le principe au projet soumis à la consultation.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel

Confédération suisse
Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Bernerhof
3003 Berne

Delémont, le 20 janvier 2015

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN) : Ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Vous avez invité le Gouvernement jurassien à se déterminer sur la consultation citée en marge. Nous vous en remercions et prenons position comme suit.

Après avoir pris connaissance du rapport explicatif, le canton du Jura constate que la LERN se base sur la décision du Conseil fédéral visant à étendre unilatéralement l'échange de renseignements sur demande conforme à la norme OCDE à tous les Etats et territoires couverts par une convention contre les doubles impositions en vigueur qui ne contient pas ladite norme. De l'avis du Gouvernement jurassien, cette extension renforce la place de la Suisse sur le plan international en ce qui concerne la transparence et l'échange de renseignements. Cette volonté est saluée par l'exécutif.

Le Gouvernement jurassien salue notamment le fait que la LERN garantisse, en cas d'échanges de renseignements, le principe de la réciprocité, de la protection des données et le respect du principe de spécialité.

Cela étant dit, le canton du Jura estime que la LERN doit être analysée en parallèle à la Loi fédérale sur l'assistance administrative en matière fiscale (LAAF), dans la mesure où cette dernière s'applique lorsque la LERN n'en dispose pas autrement. A ce propos, l'exécutif confirme la prise de position qui était la sienne concernant la LAAF, notamment ses art. 21 al. 2 et 22 al. 6 relatifs à l'utilisation des données bancaires. De l'avis du Gouvernement jurassien, ces dispositions constituent une inégalité de traitement entre les contribuables en Suisse et ceux des autres Etats. Elles limitent ainsi la Suisse dans ses possibilités d'échanger ou d'obtenir des renseignements. Il aurait donc été souhaitable que cet aspect soit réglé dans le cadre de la mise en œuvre de la LERN.

Dans la mesure où la LERN est une loi transitoire, le Gouvernement jurassien admet toutefois que cette problématique devra être réglée dans le cadre de la législation sur l'application de l'échange spontané et automatique de renseignements. Il rejoint ainsi l'avis exprimé par la Conférence des directrices et des directeurs cantonaux des finances en la matière.

Moyennant ce qui précède, le Gouvernement jurassien n'a pas de remarque complémentaire à faire valoir au sujet de la loi.

En espérant avoir ainsi apporté une réponse à vos attentes, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Michel Thentz
Président




Jean-Christophe Kübler
Chancelier d'État

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Vorsteherin EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 26. November 2014

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI). Vernehmlassungsstellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen vom 22. Oktober 2014 zu randvermerkter Vernehmlassungsvorlage. Der FDK-Vorstand behandelte die Vorlage am 21. November 2014 und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Antrag: Wir stimmen dem Entwurf des GASI zu. Wir erwarten jedoch, dass im Rahmen der Gesetzgebungen für die Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches die Selbstbeschränkungen im Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) bezüglich Verwendung von Bankinformationen aus dem Ausland (Art. 21 Abs. 2 StAhiG) und schweizerischer Ersuchen an das Ausland (Art. 22 Abs. 6 StAhiG) entfallen.

Begründung:

Ein Teil der von der Schweiz mit andern Staaten abgeschlossenen Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen entspricht nicht dem Standard von Art. 26 des OECD-Musterabkommens. Mit dem GASI soll nun diese Lücke geschlossen werden, indem Regeln aufgestellt werden, nach welchen Amtshilfeersuchen von Staaten, mit denen derartig mit dem OECD-Standard nicht kompatible Abkommen bestehen, behandelt werden können. Das Gesetz ist subsidiärer Natur und gilt nur, wenn der betreffende Staat oder das betreffende Territorium sein Amtshilfeersuchen nicht gestützt auf ein anderes Instrument stellen kann. Das Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (StAhiG) kommt dann zur Anwendung, wenn das GASI nichts anderes bestimmt.

Mit diesem einseitigen Schritt will die Schweiz die Chancen für eine gute Bewertung im Rahmen der Peer-Review des Global Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern.

Daraus ergibt sich, dass das GASI ein Bundesgesetz ist, das nur temporär in Kraft sein wird, nämlich so lange, als die Schweiz nicht mit allen andern Staaten Doppelbesteuerungsab-

kommen (DBA) oder Steuerinformationsabkommen (SIA) nach dem Standard des OECD-Musterabkommens abgeschlossen hat. Es ist denn auch vorgesehen, dass der Bundesrat in diesem Zeitpunkt das Gesetz ausser Kraft setzen kann.

Nach dem heutigen Stand würde das GASI für 69 Staaten oder Territorien zur Anwendung gelangen. Dies sind Staaten, mit denen wie erwähnt die Schweiz zwar ein DBA abgeschlossen hat, dessen Bestimmungen aber nicht oder nicht vollumfänglich dem international anerkannten Standard entsprechen. Im Weiteren gibt es Staaten, mit denen zwar ein standardkonformes DBA ausgehandelt, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Das GASI betrifft in der Anwendung nur den Informationsaustausch auf Ersuchen, nicht aber den spontanen oder automatischen Informationsaustausch. Das GASI ist ein subsidiäres Gesetz.

Für den Austausch ist Voraussetzung, dass der Austausch von Informationen von der schriftlichen Bestätigung des betroffenen Staates oder Territoriums abhängt, dass gewisse Bedingungen gewährleistet werden: So die Reziprozität, den Datenschutz und das Spezialitätsprinzip. Diese Grundsätze gelten im Übrigen heute prinzipiell bei allen internationalen Abkommen zur Amtshilfe in Steuersachen.

Die Schweiz muss bezüglich der Informationen, die sie erhält, den gleichen Datenschutz gewährleisten wie die betroffenen Staaten, von denen die Auskünfte stammen, was in aller Regel der Fall ist. Ebenfalls gelten das Spezialitätsprinzip sowie die Reziprozität auch für die Schweiz. Vollzugsbehörde ist die ESTV.

Das GASI ist erklärermassen als Übergangsgesetz konzipiert, mit welchem offenbar nicht in die von uns erfolglos bekämpften Selbstbeschränkungen im StAhiG eingegriffen wird. Das ist zwar unerfreulich, aber für eine Übergangsphase nachvollziehbar: Die Aufhebung der Selbstbeschränkungen im Rahmen des GASI führte dazu, dass nach Inkrafttreten des GASI die Selbstbeschränkungen im Verhältnis zu den betroffenen Staaten vorübergehend entfielen, nach Abschluss eines DBA nach OECD-Standard jedoch wieder auflebten. Umso mehr unterstreichen wir, dass **im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung des spontanen und automatischen Informationsaustausches der von uns geforderte Verzicht auf die Selbstbeschränkungen bezüglich Bankinformationen im grenzüberschreitenden Verkehr realisiert wird.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

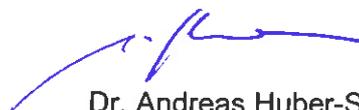
KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Der Präsident:



Peter Heggin

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Kopie (E-Mail)

- catherine.chammartin@sif.admin.ch
- Mitglieder FDK
- Mitglieder SSK

**CONFERENCE DES
DIRECTRICES ET DIRECTEURS
CANTONAUX DES FINANCES**

Madame la Conseillère fédérale
Eveline Widmer-Schlumpf
Cheffe du DFF
Bernernhof
3003 Berne

Berne, le 26 novembre 2014

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN). Prise de position sur le projet mis en consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir transmis les documents du 22 octobre 2014 relatifs au projet cité en marge. Après avoir examiné ce projet, le 21 novembre 2014, le Comité de la CDF a pris position comme suit.

Proposition : nous approuvons le projet relatif à la LERN. Cependant, nous espérons que les travaux législatifs sur la mise en œuvre de l'échange automatique et spontané de renseignements suppriment les autolimitations prévues par la loi fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF), à savoir celles relatives à l'utilisation des renseignements bancaires provenant d'un autre pays (art. 21, al. 2, LAAF) et celles relatives aux demandes adressées par la Suisse à un autre pays (art. 22, al. 6 LAAF).

Développement

Une partie des conventions conclues par la Suisse avec d'autres États sur l'échange de renseignements dans le domaine fiscal ne répond pas à la norme définie par l'article 26 du Modèle de Convention fiscale de l'OCDE. La LERN vise à combler cette lacune en établissant des règles sur la manière de traiter les demandes d'assistance administrative provenant d'États ayant conclu avec la Suisse une convention qui n'est précisément pas conforme à cette norme de l'OCDE. La loi revêt un caractère subsidiaire et n'est valable que dans les cas où l'État ou le territoire concerné ne peuvent fonder leur demande d'assistance administrative sur un autre instrument. La loi fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF) s'applique uniquement lorsque la LERN n'en dispose pas autrement.

Par cette démarche unilatérale, la Suisse entend accroître ses chances d'obtenir une bonne notation dans le cadre de l'examen par les pairs du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales.

Secrétariat - Maison des cantons, Speichergasse 6, case postale, CH-3000 Berne 7
T +41 31 320 16 30 / F +41 31 320 16 33 www.fdk-cdf.ch

La LERN est une loi fédérale transitoire qui restera valable jusqu'à ce que la Suisse ait conclu avec tous les autres États une convention contre les doubles impositions (CDI) ou un accord sur l'échange de renseignements fiscaux (AERF) respectant la norme du Modèle de Convention fiscale de l'OCDE. Il est prévu que le Conseil fédéral puisse alors l'abroger.

En l'état actuel des choses, la LERN s'appliquerait à 69 États ou territoires. Comme indiqué ci-dessus, il s'agit soit d'États ayant conclu avec la Suisse une CDI dont les dispositions ne répondent pas ou pas entièrement à la norme internationale, soit d'États avec lesquels une CDI conforme à la norme a été négociée, mais n'est pas encore entrée en vigueur. La LERN ne porte que sur l'échange de renseignements sur demande et ne prévoit pas l'échange de renseignements spontané ou automatique. C'est une loi subsidiaire.

L'échange de renseignements est accordé pour autant que l'État ou le territoire concerné confirment par écrit la garantie des conditions suivantes : octroi de la réciprocité, protection des données et respect du principe de la spécialité. À noter qu'aujourd'hui, ces critères s'appliquent par principe à tous les accords internationaux relatifs à l'assistance administrative en matière fiscale.

La Suisse est tenue d'assurer pour les renseignements qu'elle reçoit le même niveau de protection des données que celui exigé de l'État ou du territoire qui les lui fournissent, ce qui est systématiquement le cas. De même, la Suisse doit respecter le principe de la spécialité et l'octroi de la réciprocité. L'autorité d'exécution compétente en la matière est l'AFC.

La LERN est une loi transitoire et il n'y est pas question des autolimitations prévues par la LAAF, autolimitations que nous souhaiterions voir disparaître. On ne peut certes pas s'en réjouir, mais cela est compréhensible car il s'agit là d'une période transitoire : la suppression des autolimitations prévues par la LAAF lors de l'entrée en vigueur de la LERN conduirait à leur suppression dans les relations avec les États concernés pendant une période transitoire et à leur remise en vigueur après la conclusion d'une CDI selon la norme de l'OCDE. Nous insistons donc sur **la suppression des autolimitations relatives aux renseignements bancaires dans les échanges internationaux dans le cadre de la législation sur l'application de l'échange spontané et automatique de renseignements.**

En vous remerciant de bien vouloir tenir compte de notre position sur ce sujet, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

CONFÉRENCE DES DIRECTRICES ET DIRECTEURS CANTONAUX DES FINANCES

Le président :



Peter Hegglin

Le secrétaire :



Andreas Huber-Schlatter

Copie (par courriel)

- catherine.chammartin@sif.admin.ch
- Membres CDF
- Membres CSI